

Beilstein - Transparenz bei Rechtsgutachten gegeben



Bürgermeisterin Barbara Schoenfeld: Klare Antwort auf Anfrage der Freien Wähler.

Antwort der Beilsteiner Verwaltung auf Anfrage der Freien Wähler

Die vorliegende Anfrage der Freien Wähler zur Transparenz bei der Aufwendung für Rechtsgutachten und Beratungsleistungen wird akzeptiert und beantwortet werden.

Der Druck, der aber hierbei erzeugt werden soll, läuft ins Leere. Um es vorwegzunehmen, alle Zahlen, Daten und Fakten und auch Überprüfungen bezeugen einen verantwortungsvollen Umgang mit Rechtsgutachten, Notar- und Fachberatung. Jeder weiß, es ist üblich, dass man Immobilienfachleute, Fachanwälte und Notare vor allem bei großen Immobilienprojekten zurate zieht.

Was ist jetzt das scheinbare oder wahre Motiv der Fraktion? Warum legt diese bei diesem Thema offensichtlich besonderen Wert auf die Verantwortung der Bürgermeisterin? Ist es der Versuch, aus der Diskussion politische Vorteile zu ziehen?

Zu den Fakten:

1.

Die Altlasten. Projekte also, die die Bürgermeisterin aus Vorzeiten geerbt hat. Altlasten, bei denen damalige Vertreter der Freien Wähler falsche Impulse im Gemeinderat gesetzt haben – mit teuren Langzeitfolgen. Denn wenn sich diese Fraktion darauf beruft: „Ein zentrales Wahlversprechen einzulösen“, muss sie sich gefallen lassen, das komplette Bild zu betrachten.

Ein herausragendes Beispiel ist das alte Feuerwehrareal – ein Desaster ohne rechtzeitige juristische Beratung. Hier wurden, vor (!) der Amtszeit der Bürgermeisterin, Beschlüsse mit hohen Verlusten für die Stadt gefasst. Der Verkehrswert des Grundstückes lag bei 1,9 Millionen Euro und sollte für unter 50 % des Verkehrswertes (835.000 €) verkauft werden. Es wurde öffentlich behauptet, dass „alles in trockenen Tüchern“ sei, aber: Nichts war in trockenen Tüchern.

Wie bekannt, liegt auf dem Grundstück eine Grunddienstbarkeit zugunsten der Bahn AG: Diese kann dort kostenfrei die Busse ihrer Konzessionäre abstellen.

Und auch bei einem Verkauf – und dieses wurde übersehen und vernachlässigt – besitzt die Bahn AG immer noch die Grunddienstbarkeit.

Hätte man bereits damals bei Beginn der Diskussionen eine vernünftige Fachberatung in Anspruch genommen, hätte man diese Fehleinschätzung vermieden. Hätte man bereits damals ein solides Gutachten zur Grunddienstbarkeit erstellen lassen, hätte das der Stadt und dem Gemeinderat vieles an Kosten und Ressourcen sinnvoll gespart.

So aber waren Jahre später Expertisen notwendig, um diese Fehler auszubügeln. Der Verkauf konnte nicht realisiert werden.

Der damalige potentielle Investor hatte einen entgangenen Gewinn von über 7,4 Millionen Euro be-

anspricht und verklagte die Stadt auf einen Schadensersatz von 2 Millionen Euro. Erfolgreich konnte die Bürgermeisterin auch dieses mit Hilfe von Grundbuchspezialisten abwenden und so der Stadt diese 2 Millionen Euro ersparen.

2.

Weitere notwendige Beratungen entstanden für das Baugebiet Hartäcker, beim Umgang mit Kitaplätzen und einigen anderen Projekten.

3.

Der Kaufvertrag für die Grundstücke für das neue Pflegeheim musste aufgesetzt und geprüft werden. Jedem ist klar, dass man dies bei einer Summe von 1,5 Millionen Euro nicht ohne Fachberatung durchführt. Weitere 1,2 Millionen Euro werden erwartet.

All diese genannten Kosten sowie notwendigen Nebenkosten für Beratung stehen im Verhältnis von hohen Einnahmen und Ersparnissen für Beilstein, wie z.B. bei den Grundstücken im Baugebiet Hartäcker, wo nun insgesamt 2,7 Mio. Einnahmen erwartet werden.

Deutlich sollen aber hier auch die Erfolge genannt werden, die in einer Gemeinde dieser Größenordnung bemerkenswert sind – und die natürlich mit professioneller und juristisch solider Unterstützung gute Einnahmen für die Gemeinde erzielt und Ausgaben minimiert haben:

1. Ein großer Kredit über 5 Millionen Euro für das Raumaier-Gelände konnte mit der Expertise der Bürgermeisterin im Sinne der Beilsteiner Ende 2023 vollständig getilgt werden.
2. Eine Kita für 4 Millionen Euro wurde nicht neu erbaut, sondern bestehende Räume konnten genutzt und damit 3,6 Millionen Euro eingespart werden.
3. Und durch den Kauf des Hauses Ahorn mit einem Gesamtvolumen von knapp 2 Millionen wird die Stadt 4 Millionen für einen notwendigen Erweiterungsbau der Grundschule einsparen. Natürlich werden bei diesen Käufen Anwalts- und Notarkosten anfallen.

Das alles versetzt Beilstein – anders als andere Gemeinden – in die Lage, sinnvolle Aufgaben wahrzu-

nehmen. So können auch die Aussegnungshalle und die Tiefgarage am Kelterplatz perspektivisch renoviert werden.

Was nicht im Verhältnis steht, ist der Umgang mit diesem Thema. Hier produzieren einige wenige einen hohen Arbeitsaufwand für die Verwaltung, die sowieso mehr als ausgelastet ist – zumal alle mit Hochdruck am Haushalt 2026 arbeiten.

In anderen Gemeinden respektieren alle in der Kommunalpolitik Tätigen, auch die Gemeinderäte, dass ein solches Thema bei den Haushaltsabschlüssen diskutiert wird. Und alle Beilsteiner und auch alle ehrenamtlichen Stadträte wissen, dass jeder die 1.300 Einzelpositionen des Haushalts einsehen kann.

Nur um ein Wahlversprechen der Freien Wähler einzulösen, werden unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht noch zusätzliche Überstunden auf Steuerzahlerkosten machen, das möchte ich als Bürgermeisterin deutlich betonen.

Unverständlicherweise wurden aber mehrere Einladungen der Verwaltung und der Bürgermeisterin zu Besprechungen und Gesprächsangeboten von den Freien Wählern abgelehnt. Nichtsdestotrotz wird der Antrag gemäß der Gemeindeordnung behandelt.

Die Beilsteiner wissen sehr gut, wer sich um verantwortungsvolle und treuhänderische Verwendung von Steuermitteln kümmert und wer beim Versuch, Kapital aus Anfragen zu ziehen, der Verwaltung zig Stunden unnötige Arbeit aufzuhalsen versucht. Die Verwaltung wird auch in Zukunft die Steuergelder sichern und Ausgaben sowie Einnahmen mit professioneller Beratung durchführen – wie jeder, der beim Hauskauf einen Notar hinzuzieht.

Und bei der Frage „Rechtsgutachten oder Wahlversprechen?“ entscheidet sich Beilstein klar für das Rechtsgutachten.

Für alle Bürger, nicht für eine Fraktion.

Ihre



Barbara Schoenfeld
Bürgermeisterin